



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **November 2026**

Die etwas andere Meinung

Guten Tag!

Hier im Land sind die Zustimmungsraten von Bundeskanzler Friedrich Merz Anfang Oktober auf 11 Prozent gesunken, was ihn aber nicht stört. Denn beim Deutschen Arbeitgebertag am 13. Okt. in Berlin sagte er: „Ich habe nicht die Absicht, der Liebling der Nation zu werden“, was ihm wiederum den Applaus der anwesenden Kapitalvertreter einbrachte. Diese sind nur daran interessiert, ihre Profite zu sichern. Der Sozialstaat ist dabei im Weg. Da ist ein „Macher“ gefordert, der sich rücksichtslos gegen die Belange der Bevölkerungsmehrheit durchsetzt. Dafür ist Merz der Richtige.

Kurt Tucholsky
1890 - 1935

**Das Volk versteht
das meiste falsch;
aber es fühlt das
meiste richtig.**

Aber Merz ist nicht allein. Gemeinsam mit seinen Kabinettskollegen der großen Koalition lässt er uns die ominöse „Zeitenwende“ an allen Ecken und Enden spüren. Die Wirtschaftskrise in Form von Deindustrialisierung, Massenentlassungen, Tarifflicht, Industrieverlagerungen, Inflation und Teuerung bekommen sie nicht mehr in den Griff. Da kommt **Carl von Clausewitz 1780–1831** mit seiner Theorie: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ gerade

Recht. Doch vor dem Krieg kommt die Aufrüstung! Hemmungslos haben unsere Regierungen in den letzten 10 Jahren die Militärausgaben laut offiziellen Angaben verdreifacht. Durch die ‚Sondervermögen‘ genannte Schuldenaufnahme liegen nach aktuellen SIPRI-Daten die Ausgaben fürs Militär 2026 bei 97 Milliarden Euro. Nicht genug damit, sollen die Rüstungsausgaben bis 2030 auf 180 bis 200 Mrd. Euro jährlich steigen. Da verwundert nicht, dass Bundeskanzler Merz schon vor einem Jahr massive Kürzungen im Sozialbereich forderte, indem er behauptete, wir könnten uns das System des Sozialstaats nicht mehr leisten. Er nahm konkret Ausgaben für die Kranken- Pflege- und Rentenversicherung sowie das inzwischen zur sogenannten ‚Grundsicherung‘ zusammengestutzte ‚Bürgergeld‘ ins Visier. Friedrich Merz und sein Vorgänger Olaf Scholz (SPD) haben uns Schritt für Schritt näher in aktive Kriegsbeteiligung gebracht, in einen Krieg, der nicht unser Krieg ist. Seit 2022 kostete uns dieses gefährliche Abenteuer in der Ukraine rund 100 Milliarden Euro. Für 2026 sind weitere 11,6 Milliarden Euro militärische Hilfen vorgesehen. Das ruiniert uns und muss schnellstens gestoppt werden.

R. Weber

Der Russe kommt – ernsthaft?

Am 5. Oktober warnte Martin Jäger, Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) vor einer möglichen, gewaltsamen Konfrontation mit Russland. Die Zeichen und Hinweise für diese angeblich bevorstehende Konfrontation bleiben vage. Dafür ist Jäger sicher: »Deutschland ist in Gefahr, in einen gewaltsamen Konflikt mit Russland zu geraten.« Russland bezeichnete er als »unseren gefährlichsten Gegner«. Es genügt, wenn in der Bevölkerung Angst entsteht und das Feindbild nicht infrage gestellt wird. Erst am 29. September äußerte der litauische Ministerpräsident Mindaugas Sinkevičius auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Rutte in Vilnius, er habe den NATO-Generalsekretär gefragt: »Gibt es irgendwelche konkreten Beweise seitens der Geheimdienste, irgendwelche Informationen, die darauf hindeuten, dass Russland etwas vorberichtet?« Und Tatsache ist: »Es gibt überhaupt keine Beweise«. Am 30. 9. erklärte Rutte selbst auf einer Tagung in Brüssel: »Derzeit besteht keine



unmittelbare Bedrohung für das NATO-Territorium. Sollte es zu einem militärischen Aufmarsch kommen, werden wir dies zur Kenntnis nehmen und uns mit dem Problem auseinandersetzen.« Währenddessen wird das Kriegsbündnis NATO, das den ersten Krieg in Europa 1999 gegen Jugoslawien und danach gegen Afghanistan und Libyen führte am 1. Oktober 2026 mit dem **Internationalen Preis des Westfälischen Friedens** in Münster ausgezeichnet. Das ist Georg Orwell: „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke“.

G. Janske

Wohnen – ein Grundrecht?

Über eine Million Menschen sind in Deutschland ohne Wohnung, da es an genügend Wohnungen fehlt, und weil sich Viele eine eigene Wohnung nicht mehr leisten können. Wer arm ist, aber dennoch eine Wohnung ergattert hat, 2024 waren es über 1,24 Millionen Menschen, der ist auf staatliche Unterstützung, sprich: „Wohngeld“ angewiesen. Doch vor unserer Bundesregierung ist auch dieses Wohngeld nicht sicher. Was macht unsere Regierung, um auch in diesem Bereich die Schere anzusetzen? Sie macht Reformen und trifft sich nachts, wenn die Presse verschwunden ist und die Abgeordnetenränge leer sind. So am 9. Oktober, als darüber beraten wurde. Rund ein Drittel der bisherigen Wohngeldhaushalte erhalte künftig kein Wohngeld mehr, erklärte ein Sprecher. Bund und Länder sollen so im kommenden Jahr 1,5 Milliarden und im darauffolgenden Jahr rund zwei Milliarden Euro einsparen. Klammerheimlich soll Millionen Familien, Rentnern und Alleinerziehenden das Fundament unter den Füßen weggezogen werden. Am 1. Januar 2027 soll es so weit sein.

I. Blümmel

Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!

Kein Spruch könnte die heutige Politik der Sozialdemokratie besser beschreiben. Zwar ist die Herkunft des Spruchs nicht ganz klar. Wahrscheinlich geht der Ursprung auf die Niederschlagung des Spartakusaufstandes (1918) zurück, als der SPD-Mann Gustav Noske

mit dem Ausspruch „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“ die Novemberrevolution zusammenschießen ließ.

Zwar steht der heutigen SPD keine revolutionäre Macht mehr gegenüber, dennoch scheint es, als habe der Sozialdemokrat den gemeinen Arbeiter als Feindbild ausgemacht, den man nicht mehr zu erschießen (Noske) gedenkt, sondern an der russischen Front (Pistorius) verheizen möchte. Die Sozialdemokraten – historisch schon immer das Feindbild Russland im Gepäck – schlagen im Einklang mit den Herrschenden die Kriegstrommeln. 1914 durfte die Sozialdemokratie nur den Kriegskrediten zustimmen. Ohne diese hätte der Krieg nicht starten können. Historisch blieb die SPD insofern vom 2. Weltkrieg ausgeschlossen, indem sich die SPD-Führung ins Ausland verdrückte, während die SPD-Proleten auf dem Schlachtfeld starben. 2029 soll es dann so weit sein, denn dann ist Deutschland wieder – dank der Sozialdemokratie – kriegstüchtig und bereit für den 3. Weltkrieg.

Immer wenn die Krise den Kapitalismus an den Rand des Zusammenbruchs brachte, entpuppte sich die Sozialdemokratie als Arzt am Krankenbett des Kapitals!

P. J. Bosse

CUBA SI - YANKEE NO!



VIVA FIDEL 100



Spenden sind herzlich willkommen!

DKP Darmstadt

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Robert Weber, Kohlgrube 72, 64720 Michelstadt

E-Mail weberobinfo@gmx.de